

Global vernetzt und nah dran an der Basis

Dirk Niebel hat den Deutschen Entwicklungsdienst begraben. Experten fordern, ihn neu zu beleben – und haben ein Konzept

Von Siegfried Pater

Entwicklungsdienst sollte keine Einbahnstraße, sondern ein Austausch auf Augenhöhe sein. Wer ein solches Anliegen unterstützt, konnte sich Ende Mai am Werbelliner See bei Berlin mit vielen Ideen und Anregungen versorgen. Dort trafen sich 750 Rückkehrer des *Deutschen Entwicklungsdienstes* (DED), um den fünfzigjährigen Gründungstag »ihres« DED zu feiern. Diesen Entwicklungsdienst gibt es nicht mehr. Dirk Niebel, jetziger Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, hat ihn vor zwei Jahren kurzerhand aufgelöst.

In fast fünfzig Jahren seines Bestehens hatte der DED mehr als 16 000 Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfer in die Länder der Dritten Welt geschickt. Dort leisteten sie erfolgreich Hilfe zur Selbsthilfe und brachten nach der Rückkehr ihre interkulturellen Erfahrungen nach Deutschland mit. Bei seiner Gründung am 24. Juni 1963 war neben Kanzler Konrad Adenauer und Bundespräsident Heinrich Lübke auch der amerikanische Präsident John F. Kennedy anwesend. Besonders Erhard Eppler war der Dienst während seiner Zeit als Entwicklungshilfeminister eine Herzensangelegenheit, weshalb er ihn in besonderem Maße förderte. Der laut einer Umfrage beliebteste der bisherigen Minister für Entwicklungs-

hilfe war auch bei der Berliner Tagung Ehrengast.

Der DED-Freundeskreis kritisierte die Auflösung des ehemaligen Entwicklungsdienstes auf dem Werbellin-Treffen ein weiteres Mal scharf. Das Arbeiten in den Ländern des Südens mit dem Ziel »Lernen und Helfen in Übersee« sei nach wie vor international anerkannt und notwendig. Durch seine Eingliederung in die neue *Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit* (GIZ) habe der Dienst aber »seine Identität verloren«. Davon sind auch viele aktive und ehemalige Entwicklungshelfer des DED überzeugt. Deutschland habe eine Chance vertan, qualifizierten und engagierten Menschen zu ermöglichen, sich für gerechtere Strukturen zu engagieren und internationale Kompetenz zu erwerben. Ehemalige DED-Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sind sich einig: »Im Unternehmen GIZ kann ein Entwicklungsdienst nicht überleben.«

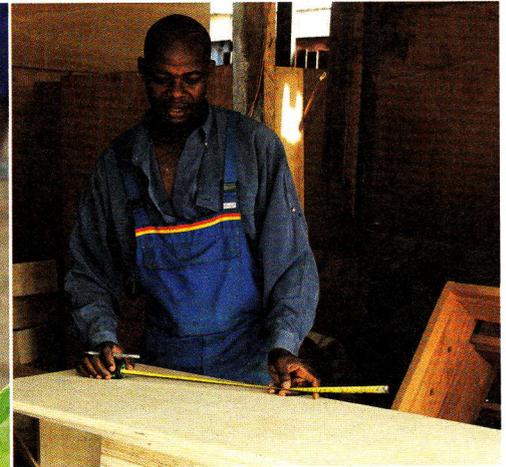
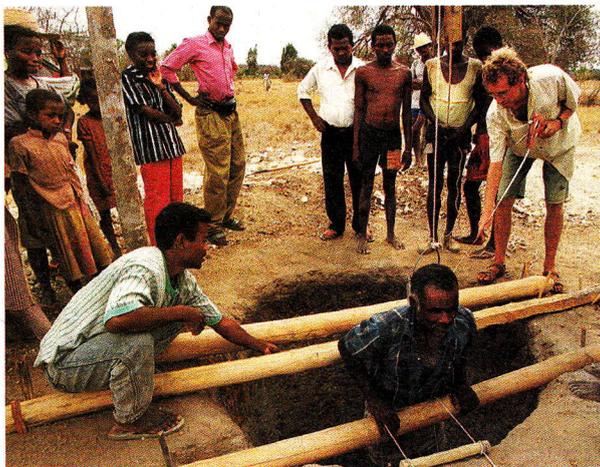
So steht Deutschland als wirtschaftliches Spitzenland in Europa ohne einen staatlichen Dienst für Entwicklungshelfer da, während die meisten anderen Länder dieses Instrument zum Dialog zwischen den Kulturen nutzen. Und das in einer Zeit, in der Deutschland vermehrt mit militärischen Mitteln für den »Frieden« in der Welt sorgen will. Die ehemaligen Entwicklungshelfer verurteilen mehrheitlich diesen Ansatz. Sie fordern die Lösungen der Konflikte in den Ländern des Südens durch Ent-

wicklungs- und Friedensdienste. Ganz im Sinne von Dom Hélder Câmara, dem ehemaligen Erzbischof von Recife in Brasilien, für den »Unterentwicklung gleich Krieg und Entwicklung gleich Frieden war«. Deshalb solle ein »zivilgesellschaftlicher Dienst mit öffentlich mitfinanzierter Trägerstruktur« gegründet werden, der engagierte Menschen in den Süden entsendet und gleichzeitig Menschen von dort einlädt, um gegenseitiges Lernen und Helfen auf Augenhöhe zu ermöglichen.

Das sähe etwa so aus: Ein Sozialarbeiter, der mit Straßenkindern aus Köln arbeitet, geht in die Slums von Rio de Janeiro, und ein Streetworker aus Rio de Janeiro kommt nach Köln. Eine Gärtnerin aus der »Grünen Stadt«, in der ausschließlich biologische Produkte für die Märkte in Peking angebaut werden, arbeitet auf einem Bauernhof in Mecklenburg-Vorpommern, während im Austausch eine Gärtnerin aus dem heimischen Biohof in der Grünen Stadt in China mitarbeitet. Ein Journalist vom Lokalradio in Berlin wird Mitarbeiter vom Rundfunksender in Maputo, und im Austausch bekommt der deutsche Sender einen Kollegen aus der Hauptstadt von Mosambik. Nach der Rückkehr engagieren sich diese Austausch-Entwicklungshelfer in der Informations- und Bildungsarbeit für eine gerechte, tolerante und weltoffene Gesellschaft und stoßen Denkprozesse an. So können sie mit ihren interkulturellen Erfahrungen zu notwendigen Veränderungen hier wie dort beitragen.

Mit diesem Vorschlag wandten sich die 750 Ehemaligen in einem »Werbelliner Appell« an die Entscheidungsträger in Zivilgesellschaft, Staat und Politik. Sie fordern, dass diese ihre gesamtgesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen und sich für die Gründung eines solchen Entwicklungsdienstes einsetzen sollen. ■

Infos: www.ded-freundeskreis.de



Brunnenbau in Madagaskar, ein Schreiner in Ghana: Entwicklungshelfer könnten im Süden helfen und Menschen von dort einladen